

# NACHRICHTEN

## BAHN

### AUF LEISEN SOHLEN

Das Lärmsanierungsprogramm der Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) ist faktisch abgeschlossen.

Durch die Umrüstung der Bremsen auf leisere kann eine Lärminderung von bis zu 15 dB erreicht werden. Laut SBB entspricht dies einer Halbierung des empfundenen Lärms. Vordringlich wurden ältere Reisezug- und Güterwagen umgerüstet. Die herkömmlichen Bremsen rauhen bei jedem Bremsvorgang die Lauffläche der Wagen auf. Dieses „Veriffeln“ beeinträchtigt die Laufruhe und führt zu mehr



Bahn: modern und leise

Lärm. Bei den Personenwagen wird auf die Scheibenbremse gesetzt, Güterwagen werden mit sogenannten K-Sohlen nachgerüstet. Beide schonen die glatten Laufflächen der Räder. Die Sanierung der Personenwagen ist abgeschlossen. Bei den Güterwagen sind 85 Prozent bereits saniert, der Rest soll innerhalb der nächsten Jahre aus dem Wagenpark ausgeschieden werden.

## Schuleinkauf

Jedes Jahr stehen viele Eltern ratlos da, wenn es um den Einkauf von Schulsachen für ihre Kinder geht. So kann man clever und ökologisch einkaufen: [www.schuleinkauf.at](http://www.schuleinkauf.at)



## Luftverschmutzung

### VERURSACHERINNEN ONLINE ABRUFBAR

Die EU-Umweltagentur hat einen neuen Kartensatz über Luftverschmutzung veröffentlicht, der VerursacherInnen lokal identifizieren lässt. Die Quellen und Intensität des Schadstoffausstoßes sowie die damit verbundenen Gesundheitsgefahren sind damit für jeden abrufbar. Mehr Informationen unter: <http://prtr.ec.europa.eu/DiffuseSourcesAir.aspx> **FG**

Das SBB-Umrüstungsprogramm wird aus Bundesmitteln mit 820 Millionen Franken (620 Millionen Euro) gefördert und ist bis dato in Europa einzigartig. Allerdings sind bis zu zwei Drittel der in der Schweiz verkehrenden Güterwaggons aus dem Ausland. Echte Lärmsanierung sollte daher längst eine europäische Angelegenheit werden. **GL**

## VERKEHRLÄRM

### ERSCHRECKENDER WHO-BERICHT

Verkehrslärm führt in Europa jährlich zum Verlust von über einer Million gesunden Lebensjahren.

Die Ursachen: Erkrankung, Behinderung oder vorzeitiger Tod. Dies schlussfolgert der erste Bericht des WHO-Regionalbüros zu den Gesundheitsfolgen durch Umgebungslärm in

Europa. Lärm verursacht nicht nur Belästigung und Unterbrechung des Schlafs, sondern auch Herzinfarkte, Lernstörungen und Tinnitus. „Lärm ist nicht nur ein Umweltärgernis, sondern auch eine Bedrohung für die öffentliche Gesundheit“, sagt hierzu die WHO-Regionaldirektorin für Europa, Zsuzsanna Jakab, und hofft auf mehr Anstrengungen von Regierungen und örtlichen Behör-

den, Lärmschutzkonzepte auf nationaler und lokaler Ebene einzuführen. Auf der Liste der gesundheitsgefährdenden Umweltbelastungen steht Umweltlärm nach Luftverschmutzung an zweiter Stelle. Jeder dritte Bürger fühlt sich tagsüber durch Lärm belästigt und jeder fünfte wird im Schlaf durch Straßen-, Schienen- und/oder Flugverkehr gestört. Dadurch erhöht sich das Risiko für



Seltene „Art“: Traktor im Meer

## WELTMEERE

### MASSENHAFTES ARTENSTERBEN

„Die Ergebnisse sind schockierend“, so der Leiter des Internationalen Ozeanprogramms (IPSO), Alex Rogers, zur aktuellen Studie zum Zustand der Weltmeere. Die beteiligten ExpertInnen warnen offen vor einem beispiellosen Artensterben. Grund: die Wechselwirkung von Überfischung, Umweltverschmutzung und Klimawandel, die bisher in diesem Ausmaß nicht wahrgenommen worden sei. Angesichts von Entwicklungen, die man bisher „selbst in hundert Jahren nicht erwartet“ hätte, bestehe nun ein „hohes Risiko“, dass für das Leben in den Ozeanen nun eine Phase des Massensterbens beginne, so Rogers laut BBC. Allein die CO<sub>2</sub>-Konzentration in den Ozeanen sei bereits höher als beim letzten großen Artensterben vor 55 Millionen Jahren, als fast die Hälfte der Tiefseetiere verschwand. Weitere gravierende Umweltverschmutzungen sind u.a. riesige Mengen an Plastikmüll oder chemische Stoffe sogar im Polarmeer. [www.stateoftheocean.org](http://www.stateoftheocean.org) **HO**

Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Bluthochdruck [www.euro.who.int](http://www.euro.who.int) . HO

## STICKOXIDE

### EIN PROBLEM IN ROT-WEISS-ROT

Ein Bericht der Europäischen Umweltagentur bestätigt: Österreich kann das Emissionsziel bei Stickoxiden (NO<sub>x</sub>) auch 2010 nicht erfüllen. Mit 140 Kilotonnen (kT) wird das Ziel von 103 kT deutlich überschritten. Die NO<sub>x</sub>-Reduktion ist für die grenzüberschreitende Bekämpfung der Ozonbelastung, Versauerung und Eutrophierung notwendig. Lokal ist sie für die Einhaltung des Grenzwertes bei Stickstoffdioxid (NO<sub>2</sub>) unabdingbar. Die EU-Richtlinie über Emissionshöchstmengen bei Luftschadstoffen (NEC) gibt Mitgliedstaaten verbindliche Emissionsmengen vor. Zwar weisen zehn Staaten Probleme bei NO<sub>x</sub> auf, kein Land liegt

jedoch so deutlich über dem Ziel wie Österreich. Damit ist jetzt die Kommission am Zug, die ein EuGH-Verfahren einleiten kann. Eine Zielerreichung auch mittelfristig ist fraglich, da Diesel-KFZ als Hauptquelle in Österreich besonders ausgeprägt sind. Im österreichischen Regierungsprogramm ist zudem nur eine Verminderung, nicht aber Zielerreichung bei NO<sub>x</sub>-Emissionen vereinbart. [www.eea.europa.eu/publications/nec-directive-status-report-2010](http://www.eea.europa.eu/publications/nec-directive-status-report-2010) FG

## HERBIZIDE

### FÜHRT GLYPHOSAT ZU MISSBILDUNGEN?

Eine Studie über die Anwendung des Herbizids Glyphosat sorgt für Aufregung.

Professors Andres E. Carrasco und sein Team von der Universität Buenos Aires untersuchten die negativen Auswirkungen

## KOMMENTAR VON RUUD KLEIN



## KOMMENTAR VON SYLVIA LEODOLTER BEWUSSTE RUFSCHÄDIGUNG

**Wer die Bahn schlecht redet, hat häufig andere Interessen im Auge als vorgegeben. Denn: Ist der Ruf erst ruiniert, verkauft es sich ganz ungeniert ...**

Die letzten Jahre haben klar gezeigt, was die Verfechter von „mehr privat, weniger Staat“ bezwecken: Sie wollen möglichst billig an öffentliches Eigentum kommen. Den SteuerzahlerInnen wird das als Budgetentlastung und Schuldenabbau verkauft. Wobei als Begleitmusik betont wird, wie schlecht der Staat als Eigentümer arbeite, wie ineffizient die Unternehmen und wie privilegiert die Beschäftigten seien.

Fakt ist jedoch: Die jüngsten Teilprivatisierungen brachten dem Staat zwar Zinsersparnisse durch Schuldenabbau, kosteten ihn aber in Summe dreimal mehr durch entgangene Gewinnanteile. Privatisierungen sind Erfolge für Private, nicht jedoch für den Staat. Für die Beschäftigten bedeuten sie Jobabbau, schlechtere Löhne und Arbeitsbedingungen, für die Bevölkerung schlechtere Versorgung und höhere Preise.

Auch die ÖBB sind ein Wunsch кандидат für Privatisierungsfans, vor

allem die Rail Cargo steht auf deren Liste. Die Rufschädigung ist voll im Gange. Ganz verschwiegen wird die Chaosreform 2003 als zentraler Problemverursacher. Sie brachte für die Bahn mehr Manager und Bonuszahlungen, Spekulationsverluste in dreistelliger Millionenhöhe und massive Reibungsverluste durch die Zerschlagung des integrierten Unternehmens.

Auch wenn nur Teile der ÖBB verkauft werden, bedeutet dies massiven Druck auf den Rest. Ohne Vorteile aus dem Gesamtsystem muss das öffentliche Verkehrsangebot teurer werden: für die Besteller Bund und Länder und für die BahnkundInnen. Und keine einzige Tonne wird mehr auf der Schiene transportiert oder an Kohlendioxid vermieden, wenn der Eigentümer der Bahn wechselt. Da ist doch die Stärkung der ÖBB und ein klares Bekenntnis zur Bahn in öffentlichem Eigentum allemal billiger und klüger!

[www.unserebahn.at](http://www.unserebahn.at)



\* Maga. Sylvia Leodolter ist Ökonomin und Leiterin der Abteilung Umwelt & Verkehr in der AK Wien.



## AUF EINEN BLICK EU, EUROPA UND DIE GANZE WELT

### Ende der steuerlichen Begünstigung von Ethanol in den USA:

Der US-Senat hat mit großer Mehrheit dafür gestimmt. Ethanol wird als Biosprit verwendet. Der Steuervorteil betrug jährlich etwa sechs Milliarden US-Dollar (über vier Milliarden Euro). Die Umwelt-NGO Friends of the Earth begrüßt diesen Schritt, nachdem sie sich lange dafür eingesetzt hat, während die Vertreter der US-Farmer von einem Schaden für die Landwirte sprechen.

### Ein Gericht in Südkorea hat vor kurzem anerkannt,

dass die tödlich verlaufene Leukämieerkrankung zweier junger Arbeiterinnen auf die Einwirkung von Chemikalien zurückzuführen sei und dass die Hinterbliebenen Anspruch auf eine Entschädigung hätten. Die zwei Arbeiterinnen waren in einem Werk des Elektronikkonzerns Samsung in der Halbleiterherstellung beschäftigt; Auslöser der Leukämie war vermutlich Benzol. Das Urteil ist ein Meilenstein für die ArbeitsmedizinerInnen und ArbeitnehmerschützerInnen in Südkorea, die für bessere Absicherung der ArbeitnehmerInnen und für einen Ersatz der

Krebs erzeugenden Arbeitsstoffe in der Halbleiterindustrie kämpfen. Samsung behauptete bisher erfolgreich, dass die Arbeitsplätze ungefährlich seien.

### Vorschlag für eine neue Energie- effizienzrichtlinie:

Der von der europäischen Kommission beschlossene Vorschlag sieht unter anderem verbindliche jährliche Einsparungsziele bei den Energieversorgungsunternehmen vor. Eine Eurobarometer-Umfrage hat gezeigt, dass 80 Prozent der EU-BürgerInnen für derartige verbindliche Ziele sind.

### Die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) wurde von

zwei Umwelt-NGOs vor den EU-Gerichtshof (EuGH) gebracht. Sie hätte – entgegen den Bestimmungen der REACH-Verordnung – die Namen der Hersteller der Chemikalien, die nach dem EU-Chemikalienrecht bei ihr registriert wurden, nicht veröffentlicht. Welche Firmen die Chemikalien herstellen, sei jedoch eine wichtige Information, auf die die Öffentlichkeit Anspruch hätte, so die NGOs ChemSec und ClientEarth. **CS**

der Anwendung von Glyphosat auf die embryonale Entwicklung im Kontext mit dessen massenhaften Einsatz in Argentinien. Anlass der Studie: Berichte über eine hohe Zahl von Geburtsfehlern bzw. Missbildungen bei Neugeborenen in den landwirtschaftlichen Gebieten Argentiniens, insbesondere dort, wo gentechnisch verändertes Roundup-Ready-Soja angebaut wird, das aus der Luft mit dem Herbizid Roundup (Wirkstoff Glyphosat) besprüht wird. Die Forscher haben Missbildungen bei Embryos von Fröschen und Hühnern festgestellt. Die Laborergebnisse passen zu den Fehlentwicklungen, die bei Menschen beobachtet wurden, die während der Schwangerschaft Glyphosat ausgesetzt waren. Die Ergebnisse wurden im Journal Chem. Res. Toxicol. (2010, 23 (10), pp 1586–1595; August 9, 2010) veröffentlicht. Siehe auch: [www.gmo-free-regions.org/fileadmin/files/gmo-free-regions/GMO-Free\\_Europe\\_2010/Carrasco\\_ChemResToxAug2010.pdf](http://www.gmo-free-regions.org/fileadmin/files/gmo-free-regions/GMO-Free_Europe_2010/Carrasco_ChemResToxAug2010.pdf) **IS**

### EUGH

#### KLAGERECHTE VON UMWELTVERBÄNDEN

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat per Urteil die Klagerechte von deutschen Umweltverbänden erweitert (C 115/09).

Anerkannte Umweltverbände konnten bisher nur Verletzungen jener Umweltvorschriften rügen, die auch betroffene BürgerInnen zu einer Klage berechtigen würden („subjektive Rechte“).

### Feld und Hof

Die neue unabhängige Agrarplattform hilft bei der Suche nach Produkten und Dienstleistungen im ländlichen Bereich. Für Private und Landwirte kostenlos. [www.feldundhof.at](http://www.feldundhof.at)

Eine Rechtsschutzmöglichkeit gegen die Verletzung von Vorschriften, die die Umwelt als solche schützen, etwa Vorsorge- oder Gewässerschutzrecht. Dem Urteil zufolge müssen Umweltverbände zumindest alle für die Zulassung eines Vorhabens maßgeblichen Umweltvorschriften vor Gericht geltend machen können, die auf EU-Recht basieren. Die deutschen Rechtsvorschriften müssen nun angepasst werden. Bis dahin können anerkannte Umweltverbände Klagen direkt auf EU-Recht stützen. **HO**



Maut für schwere Lasten

### LKW-MAUT

#### AUSBAU IN POLEN UND DEUTSCHLAND

Die fahrleistungsabhängige Erfassung von LKW in Europa nimmt zu.

In Polen startet am 1. Juli 2011 das elektronische Mautsystem via Toll. Alle Busse und Kraftfahrzeuge über 3,5 Tonnen zahlen damit ihre Kosten nicht mehr über zeitabhängige Vignetten, sondern für tatsächlich gefahrene Kilometer. Bemaутet wird auf einem 1.600 Kilometer langen Netz aus Autobahnen, Express- und ausgewählten Landstraßen. Der Mauttarif basiert auf dem Gesamtge-





wicht und der Luftschadstoffklasse des LKW und beträgt zwischen 0,04 und 0,13 Cent pro Kilometer. Die Mauterlöse fließen in den Ausbau des Autobahnnetzes. In Deutschland wurde im Mai 2011 endgültig die Ausdehnung der bestehenden Autobahn-LKW-Maut auf rund 1.000 km Bundesstraßen mit zwei Fahrstreifen in eine Richtung beschlossen. Der Mauttarif ist für Autobahnen und Bundesstraßen identisch. Hintergrund für diesen Schritt sind Sparzwänge im Bundeshaushalt sowie die Bekämpfung von LKW-Mautflüchtlingen, die bis dato auf das gut ausgebaute Bundesstraßennetz auswichen. **FG**

Maßnahmen, obwohl seit 2005 in den betroffenen Gebieten der PM10-Grenzwert überschritten wurde. Aus Furcht vor einer möglichen EuGH-Verurteilung wurde in Frankreich innerhalb



**Dicke Luft bereitet Sorgen**

eines Jahres ein Umweltzonen-Konzept (ZAPA) für 16 Urbanzonen entwickelt, das noch dieses Jahr von der zuständigen Umweltministerin umgesetzt werden soll. **FG**

**FEINSTAUB**

**EU-KOMMISSION WIRD AKTIV**

Die Einhaltung der Luftqualitätswerte in der EU bleibt ein Sorgenkind. Die Kommission nimmt sich Frankreich und Belgien vor.

In 22 von 27 EU-Mitgliedstaaten liegen laut EU-Kommission unzulässige Überschreitungen beim Grenzwert für Feinstaub (PM10) in der Umgebungsluft vor, der seit 2005 einzuhalten ist. Mitgliedstaaten, die ernsthafte Anstrengungen und Pläne vorweisen können, bekamen daher von der Kommission eine Übergangsfrist bis Juni 2011 zugestanden. Null Toleranz gibt es aber für Belgien und Frankreich. Beide Staaten werden von der Kommission beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) verklagt. Die Kommission bemängelt das Fehlen effektiver

**UMGEBUNGSLÄRM**

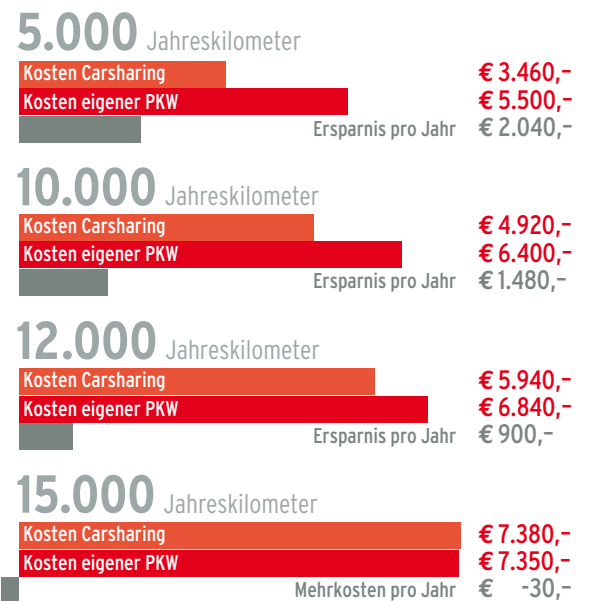
**BERICHT DER EU-KOMMISSION**

Die EU-Kommission hat den Bericht über die Umsetzung der EU-Umgebungslärmrichtlinie KOM (2011) 321 veröffentlicht.

Die EU-Kommission zieht eine gemischte Bilanz: Die übermittelten Lärmkarten zeigen, dass die Lärmgrenzwerte in den Mitgliedstaaten oft überschritten werden, ohne dass ausreichende Maßnahmen durchgeführt werden. Sieben EU-Staaten haben noch keine Aktionspläne übermittelt. Laut Datenlage der ersten Runde der Lärmkartierung sind in den Ballungsräumen der EU nachts rund 40 Millionen Personen Straßenlärm von über 50 Dezibel (dB) ausgesetzt. Über 25 Millionen Personen sind außerhalb der Ballungsräume dem

**WIRTSCHAFT & UMWELT INFO-GRAFIK**

**CARSHARING ZAHLT SICH AUS**



„Auto teilen“ oder eben Carsharing wird immer beliebter. Mann oder Frau borgt sich ein Auto dann aus, wenn es nötig ist, erspart sich Anschaffungs- und Erhaltungskosten, schont dafür Nerven und Umwelt. Aber: zahlt sich Carsharing wirklich aus? Im Schnitt ist ein PKW in Österreich laut VCÖ eine Stunde pro Tag im Betrieb, 23 Stunden lang steht das Auto am Parkplatz. Zudem ersetzt ein Carsharing-Auto bis zu acht private PKW. Derzeit nutzen in Österreich rund 12.000 Personen Carsharing. Ihnen stehen 100 Carsharing-Standorte zur Verfügung. Das ist im Vergleich wenig. So gibt es etwa in der Schweiz rund 100.000 Carsharing-Nutzer, denen mehr als 1.250 Carsharing-Standorte zur Verfügung stehen. Und die Kosten? Als Faustregel gilt, dass sich Carsharing für jene finanziell rechnet, die pro Jahr weniger als 15.000 Kilometer mit dem Auto fahren. **LEI**

**WASSER-PRIVATISIERUNG**

**ITALIEN SAGT NEIN**

Bei den Abstimmungen im Juni 2011 wurde außer der Atomkraft auch die Wasserprivatisierung abgelehnt. Mehr als 55 Prozent der ItalienerInnen nahmen daran teil, mehr als 95 Prozent stimmten gegen die Wasserprivatisierung. Premier Berlusconi wollte Kommunen zu einer verpflichtenden Ausschreibung für die Wasserversorgung zwingen und somit der Privatwirtschaft die Tore öffnen. Die Bewegung „Forum Italiano dei Movimenti per l’Acqua“ hat 2010 innerhalb von zwei Monaten über eine Million Unterschriften dagegen gesammelt. **IS**

**Althausmodernisierung**

Althausanierung ist ökologisch und ökonomisch sinnvoll. Bei 30 bis 40 Jahre alten Häusern kann der Energieverbrauch durch verschiedene Maßnahmen halbiert werden. Eine Broschüre dazu gibt es unter: [www.umweltberatung.at](http://www.umweltberatung.at)

selben Lärmpegel durch Hauptverkehrsstraßen ausgesetzt. Da noch nicht alle Lärmkarten bei der EU-Kommission eingegangen sind, müssen diese Zahlen voraussichtlich nach oben korrigiert werden. Das Europäische Umweltbüro hat nun verbindliche Lärmgrenzwerte und effektive Durchsetzungsmaßnahmen gefordert. Für 2011 plant die Kommission u. a. die Überarbeitung der Richtlinien über Flughafen- und zu Kraftfahrzeuglärm. [www.eeb.org](http://www.eeb.org) **HO**



**Strategie Europa 2020**

**RESSOURCEN SCHONEN**

Die EU Leitinitiative „Ressourcenschonendes Europa“ innerhalb der Strategie Europa 2020 fordert Maßnahmen zur Abkopplung des Wirtschaftswachstums von der Ressourcennutzung und deren Umweltauswirkungen. [http://ec.europa.eu/resource-efficient-europe/pdf/resource\\_efficient\\_europe\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/resource-efficient-europe/pdf/resource_efficient_europe_de.pdf) **LEI**

**ELEKTROSMOG**

**POTENZIELL KREBS ERREGEND?**

**Die WHO hat hochfrequente elektromagnetische Felder (HF EMF) als potenziell krebserregend eingestuft.**

Die Internationale Krebsforschungsbehörde (IARC) der WHO wertete die bisherigen Erkenntnisse über den Zusammenhang von Krebserkrankungen und HF EMF aus, die z.B. bei der drahtlosen Kommunikation entstehen. Die ExpertInnen stuften die Strahlung von pulsmodulierten hochfrequenten elektromagnetischen Feldern in die Gefahrenstufe 2B ein, d.h. als „möglicherweise krebserregend für Menschen“. Was die Handynutzung betrifft, wird die Beweislage in Bezug auf Hirntumore (Gliome) als „limitiert“ bewertet. Weitere Analysen müssten aber erfolgen. Bis dahin empfehlen die ForscherInnen Freisprechanlagen oder SMS schreiben, um die Strahlenquelle möglichst weit vom Kopf entfernt zu halten. **HO**

**MONSANTO**

**PATENT AUF MELONEN**

**Der US-Konzern Monsanto hat ein europäisches Patent auf Melonen aus konventioneller Pflanzenzucht erhalten (EP 1 962 578).**

Das ergaben die Recherchen der Initiative „Keine Patente auf Saatgut!“ Die Melonen weisen eine natürliche Re-

sistenz gegenüber einer bestimmten Viruskrankheit auf. Mithilfe üblicher Züchtungsverfahren wurde diese Widerstandsfähigkeit, die man zuerst in Melonen aus Indien fand, auf andere Melonen übertragen. Diese gelten jetzt als „Erfindung“ von Monsanto. Die Viruskrankheit CYSDV (Cucurbit Yellow Stunting Disorder Virus), gegen die die Melonen resistent sind,

hat sich in den letzten Jahren ausgebreitet. Durch das Patent verfügt der Konzern nun über wichtige genetische Ressourcen, die er anderen Züchtern vorenthalten kann. Ursprünglich wurden die Melonen vom holländischen Unternehmen DeRuiter gezüchtet, die eine Melonenpflanze aus Indien verwendete, die als PI313970 registriert ist. 2008 kaufte Monsanto die Firma DeRui-



**DURSTLÖSCHER: VIELE GUTE TIPPS  
WASSER, FRUCHTSAFT & CO**

Wasser ist der beste Durstlöcher: keine Kalorien, kostengünstig und in Österreich fast überall in sehr guter Qualität erhältlich. Tipp: Aromatisieren Sie Ihr Wasser natürlich mit frischer Zitronenmelisse oder Pfefferminze. Wasser hat starke Konkurrenz: Energydrinks, isotonische Getränke und Wellnessdrinks boomen und versprechen gesundheitliche Vorteile. Was ist wirklich drinnen? Nur ein genauer Check der Zutatenlisten hilft. „die umweltberatung“ hat solche Getränke untersucht und einige Tipps zum gesunden Durstlöcher erarbeitet. Der vorgeschriebene Mindestfruchtanteil beträgt bei Saft, Nektar und Fruchtsaftgetränk 100, 25 und sechs Prozent. Beim Getränkeeinkauf genau auf die Zutaten achten, lange Zusatzstofflisten vermeiden. Mehr Tipps im Infoblatt auf: [www.umweltberatung.at](http://www.umweltberatung.at) **LEI**

**Alles essen, oder was?**

Dieser vom Ökobüro erstellte Praxisleitfaden bietet Unterstützung dabei, Kindern und Jugendlichen Zusammenhänge zwischen Ernährungsgewohnheiten und Umweltschutz näher zu bringen. [www.oekobuero.at](http://www.oekobuero.at)



**Biodiversität**

Laut Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, FAO, wurden seit dem Jahr 1900 bereits 75 Prozent der landwirtschaftlichen Vielfalt aus dem Anbau verdrängt. [www.arche-noah.at](http://www.arche-noah.at)

ter und besitzt jetzt auch das Patent. [www.no-patents-on-seeds.org](http://www.no-patents-on-seeds.org) **IS**

## SAATGUTTAUSCH

### IN ÖSTERREICH PER GESETZ GESICHERT

Eine Änderung der Saatgutverordnung sichert vorerst die Weitergabe von Saatgut lokaler und seltener Kulturpflanzen.

Konkret gehtes um die nationale Umsetzung der EU-Richtlinien 2008/62/EG und 2009/145/EG, die die Zulassung so genannter Erhaltungssorten regeln, also Pflanzensorten, die nur in bestimmten Regionen traditi-



### Agrobiodiversität gefährdet

onellerweise angebaut werden und die von genetischer Erosion bedroht sind. Dabei geht es um Arten wie Getreide, Kartoffel und Gemüse. Die Möglichkeit für die ErhalterInnen, eigenes Saatgut von seltenen und traditionellen Kulturpflanzen nach einer allfälligen Zulassung einer Sorte weiterzugeben und auszutauschen, leistet einen wichtigen Beitrag für die Agrobiodiversität und den Erhalt pflanzengenetischer Ressourcen in Österreich. Durch die permanente Nutzung können sich die Pflanzen den wechsell-

den Umweltbedingungen anpassen. Auch das Wissen über Anbau und Verwendung der lokalen Sorten wird so erhalten und weiter entwickelt. **IS**

## SCHWEIZ

### UMWELTBELASTUNG DURCH KONSUM

Rund 60 Prozent der von der Schweizer Bevölkerung verursachten Umweltbelastungen fallen im Ausland an.

Das geht aus einer Studie des Bundesamts für Umwelt (BAFU) hervor, in der erstmals die gesamte Umweltbelastung durch den Konsum und die Produktion der Schweiz ermittelt wurde. Die Studie analysiert den gesamten Lebensweg der Produkte, weil viele Güter in die Schweiz importiert werden. Dieses Resultat verdeutlicht die Abhängigkeit der Schweiz von den natürlichen Ressourcen und Produktionsprozessen im Ausland. Nur der Konsumbereich Mobilität verursacht mehr Umweltbelastungen in der Schweiz als im Ausland. Die Analyse der Emissionen und des Ressourcenverbrauchs über den gesamten Lebenszyklus der konsumierten Güter bestätigt den Befund ähnlicher Studien aus anderen Ländern: Die ökologisch relevantesten Konsumbereiche sind Ernährung und Wohnen mit je 28 Prozent und Mobilität mit zwölf Prozent. Betrachtet man die verschiedenen Wirtschaftsbranchen, so zeigt sich, dass Land-, Energie- und Abfallwirtschaft sowie Transportgewerbe am stärksten ins Gewicht fallen. [www.bafu.admin.ch](http://www.bafu.admin.ch) **HO**

## Kritik an Genpflanzen

EU-Agrarkommissar Ciolos übte laut Online-Zeitung EurActiv vernichtende Kritik an genmanipulierten Pflanzen: sie entsprechen nicht den Qualitätserwartungen der KonsumentInnen. [www.eu-umweltbuero.at](http://www.eu-umweltbuero.at)

## INTERVIEW MIT PETRA BAYR

### ATOMAUSSTIEG – WAS NUN?

Oft belächelt forderte Österreich ein atomstrom-freies Europa. Jetzt wollen Deutsche, Schweizer und Italiener raus aus der Atomenergie.

Wie sieht das die **NRAbg. und SPÖ-Bereichssprecherin für Umwelt und globale Entwicklung?**

**Bayr:** Der Druck der BürgerInnen hat zum Umdenken in diesen Ländern geführt. Auch in der AKW-Hochburg Frankreich sind 70 Prozent der Menschen gegen AKWs. Fukushima hat einmal mehr gezeigt, dass das Unwohlsein der Menschen mit dieser unsicheren, teuren und nicht nachhaltigen Technologie gerechtfertigt ist. Ab April 2012 wollen wir – SPÖ, Grüne, NGOs und Initiativen – versuchen, die Interessen der Mehrheit der EU-BürgerInnen in einer europaweiten BürgerInneninitiative gegen AKWs zu bündeln und noch mehr politischen Druck für einen EU-weiten Ausstieg aus der Kernkraft zu erzeugen.

**Hat sich das Blatt nachhaltig gewendet?**

**Bayr:** Schon nach dem letzten Supergau in Tschernobyl gab es die Hoffnung, einen flächen-deckenden Ausstieg aus Atomkraft bewirken zu können. Die Erde wird nicht jedes viertel Jahrhundert eine atomare

Katastrophe überstehen können. Wir müssen die Sorgen der Menschen nach Fukushima ernst nehmen und dafür nutzen, jetzt die Energiewende einzuleiten.

**Sind wir in Österreich aus dem Schneider?**

**Bayr:** Niemand ist aus dem Schneider. Rund um Österreich stehen grenznahe, z. T. sehr alte, gefährliche AKWs und stellen eine potenzielle Bedrohung für uns alle dar. Wir werden auch hier weiter Druck auf unsere Nachbarn ausüben, vor allem aber Kooperationen und Alternativen anbieten müssen.

**Wie geht es weiter?**

**Bayr:** Um als Republik Österreich glaubhaft an der Spitze einer europäischen Anti-Atomkraft-Bewegung zu stehen, müssen wir unsere Atomstromimporte stoppen. Bis 2015 wollen wir das in Parlament und Regierung umgesetzt haben. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zu einem AKW-freien Europa und zur Steigerung des Anteils der Energie aus erneuerbaren Quellen, was wichtig für den Klimaschutz ist.



\* **Petra Bayr** ist Nationalratsabgeordnete und SPÖ-Bereichssprecherin für Umwelt und globale Entwicklung.